Deutschförderung vor Regelunterricht – fremdsprachige Schüler brauchen differenzierte Betreuung

Drucksache **18/17452** · eingebracht 2026-01-23 — Antragsteller: **AFD**

Bildung | Integration | Sprachförderung | Migration

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD fordert verpflichtende Sprachstandserhebungen und Sprachkurse vor Regelunterricht für zugewanderte Schüler sowie die Ausweitung von separaten 'Willkommensklassen', um angeblichen Bildungsrückgang durch Migration entgegenzuwirken.

KERNFORDERUNGEN

- Verpflichtende Sprachtests vor Schulbesuch
- Ausweitung von separaten Willkommensklassen
- Beendigung aller 'Mehrsprachigkeitsinitiativen'
- Sanktionierung von Eltern bei mangelndem Spracherwerb

BEWERTUNG

1.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag widerspricht fundamental den GWÖ-Werten Menschenwürde, Solidarität und Transparenz & Mitbestimmung. Er pathologisiert zugewanderte Kinder als Ursache für Bildungsdefizite, verweigert inklusive Teilhabe (D1), instrumentalisiert Sprachförderung zur Ausgrenzung (D4), lehnt partizipative Integrationskonzepte ab (E5) und propagiert segregierende Strukturen wie 'Willkommensklassen' ohne Rechenschaft gegenüber Betroffenen. Die Forderung nach verpflichtenden Sprachkursen vor Regelunterricht unterbindet das Recht auf gleichberechtigten Zugang zur Bildung und verstößt gegen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konkrete Benennung von Herausforderungen bei Deutschförderung
- Bezug auf bestehende Regelungen (Runderlass, ABC-Klassen)

Schwächen

- Pauschale Stigmatisierung zugewanderter Kinder
- Verstoß gegen UN-BRK und inklusive Bildung
- Fehlende Berücksichtigung von Ressourcenknappheit in Schulen
- Ignorieren von Erfolgsmodellen wie Willkommensklassen mit inklusivem Übergang

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	--	·	·
D · BÜRGER:INNEN	--	·	·	--	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	-

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde im Bildungszugang** Bewertung: -5

Recht auf inklusiven Schulbesuch unabhängig von Herkunftssprache

D4 **Soziale öffentliche Leistung** Bewertung: -4

Gleichberechtigte Teilhabe an Bildung als Grundlage sozialer Gerechtigkeit

C3 **Politische Führung: Verantwortung für Vielfalt** Bewertung: -4

Vermeidung von Schuldzuweisungen an Minderheiten statt systemischer Analyse

E5 **Transparenz & Mitbestimmung über Grenzen hinweg** Bewertung: -3

Partizipative Gestaltung von Integrationspolitik mit betroffenen Familien und Communities

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 4/10

Der Antrag kollidiert mit CDUs Position zur inklusiven Bildung (S. 66) und ihrem Bekenntnis zu einer 'vielfältigen Schullandschaft – integrativ und gegliedert' (Q1). CDU betont 'Motivierte Lehrkräfte' und 'Attraktivität des Lehrerberufs', nicht aber Selektion oder Sprachzwang vor Unterricht. Der Antrag ignoriert CDUs Förderung von 'Offener Kinder- und Jugendarbeit' (Q3) und 'Inklusion und junger Menschen mit Behinderung' (Q2).

> „Für die Vielfalt der Talente Eine vielfältige Schullandschaft – integrativ und gegliedert, ganztags und halbtags, öffentlich und privat – sichert die Vielfalt der Talente."
> CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 66

PARTEIPROGRAMM 5/10

CDU Grundsatzprogramm betont 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' und 'Resilienz gegen Extremismus' durch politische Bildung (Q7), nicht durch Sprachzwang. Es fordert 'effiziente und kindzentrierte Zusammenarbeit' in der Jugendhilfe (Q9), nicht Separation. Der Antrag widerspricht dem christlich-demokratischen Menschenbild (Q6–Q10) durch pauschale Stigmatisierung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch zu SPD-Kernpositionen: 'Gebührenfreie Kitas', 'Ganztagsschule', 'Chancengleichheit', 'keine Schulformempfehlung', 'Inklusion konsequent umsetzen'. Der Antrag fordert Segregation ('Willkommensklassen'), lehnt Mehrsprachigkeit ab und verletzt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Keine Übereinstimmung mit Wahlprogramm.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch zum Hamburger Programm: 'Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität' als Grundwerte (Q16–Q20 fehlen hier, aber Kernprinzipien sind klar verletzt). Der Antrag untergräbt 'demokratischen Sozialismus' und 'vorsorgenden Sozialstaat' durch Ausgrenzung und Sanktionierung von Familien.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 0/10

Fundamentaler Widerspruch: Grüne fordern 'Inklusion ist ein Menschenrecht' (Q11), 'Bildung der Vielfalt' (Q11), 'inklusive pädagogische Konzepte' (Q18) und 'soziale Unterschiede verringern' (Q17). Der Antrag lehnt Inklusion ab, propagiert Trennung und diskreditiert Mehrsprachigkeit als 'ideologisch motiviert'.

> „Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar."
> Grüne NRW Wahlprogramm 2022, S. 65

PARTEIPROGRAMM 0/10

Grünes Grundsatzprogramm verankert 'planetare Grenzen', 'sozial-ökologische Transformation' und 'Teilhabe für alle' (Q16–Q20). Der Antrag verletzt 'Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung' (Q14) und 'Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse' (Q19) durch Sprachdiskriminierung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 3/10

Teilweise Überschneidung mit FDP-Fokus auf 'Individuelle Förderung' (Wahlprogramm) und 'Leistungsprinzip', aber der Antrag verletzt FDP-Kernwerte 'Eigenverantwortung', 'Bürgerrechte' und 'gegen Bevormundung' (Wahlprogramm 2022). Zwangsmaßnahmen, Sanktionen gegen Eltern und staatliche Sprachkontrolle widersprechen FDPs 'individueller Freiheit als höchstem Wert' (Grundsatzprogramm 2012).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

FDP Grundsatzprogramm 2012 betont 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' und 'gegen Bevormundung' — der Antrag fordert jedoch staatliche Zwangsmaßnahmen und elterliche Sanktionen. Dies widerspricht dem Prinzip der 'individuellen Freiheit' (Q29–Q30 fehlen hier, aber Kern ist klar verletzt).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag entspricht vollständig AfDs Wahlprogramm 2022: 'real existierende Inklusionspraxis stoppen' (Q22), 'deutsche Leitkultur' (Q24), 'Kein Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft' (Q23), 'Obdachlose besser schützen' (Q25) als Kontext für Migration. Er greift direkt Q21 ('Paradigmenwechsel in Zuwanderungspolitik') und Q22 ('Stoppen der real existierenden Inklusionspraxis') auf.

> „Die real existierende Inklusionspraxis stoppen Die Forderung der Vereinten Nationen, Kindern mit besonderem Förderbedarf Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, wird in Deutschland schon lange erfüllt."
>
> AfD NRW Wahlprogramm 2022, S. 12

PARTEIPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt exakt AfDs Grundsatzprogramm 2016 wider: 'Koranschulen schließen' (Q26), 'Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken' (Q28), 'Schulverweigerung, Null-Bock-Mentalität, Disziplinlosigkeit' (Q28), 'Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität' (Q30). Er vertritt die 'deutsche Leitkultur' (Q24) und lehnt 'falsch verstandene Internationalsierung' (Q27) ab.

> „Leistungsbereitschaft und Disziplin sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Wissensvermittlung."
>
> AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 54

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die geplante ABC-Klassen-Initiative der Landesregierung erkennt zwar Defizite an, aber die Träger (meist Kommunen) werden durch die Verlagerung der Verantwortung deutlich stärker belastet;

> die geplante ABC-Klassen-Initiative der Landesregierung erkennt Defizite an, muss aber durch landesweite Finanzierung, Personalstellen und klare Zuständigkeiten gestärkt werden; die Träger (meist Kommunen) werden durch die Verlagerung der Verantwortung deutlich stärker belastet

Begründung: Stärkt Solidarität (B2) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch faire Lastenteilung zwischen Land und Kommunen

Vorschlag 2 von 3

Original: ausschließlich fremdsprachige Kinder können in homogenen Gruppen besser betreut und gefördert werden, da dies eine gezielte Unterstützung und Steuerung ermöglicht und Ablenkung sowie Frustration reduziert;

> Kinder mit unterschiedlichen Sprachkompetenzen profitieren von inklusiven, multiprofessionellen Lerngruppen, die sprachliche Diversität als Ressource nutzen und individuelle Förderung durch Kooperation ermöglichen; ausschließlich fremdsprachige Kinder können in homogenen Gruppen besser betreut und gefördert werden

Begründung: Stärkt Menschenwürde (D1), Solidarität (D2) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch inklusive Pädagogik statt Segregation

Vorschlag 3 von 3

Original: Eltern und Erziehungsberechtigte im Sinne ihrer elterlichen Sorgfaltspflicht nachhaltig und konsequent in die Verantwortung zu nehmen, den Spracherwerb ihrer Kinder zu unterstützen sowie Anreize für die Beherrschung des Deutschen zu schaffen.

> Eltern und Erziehungsberechtigte durch niedrigschwellige Angebote, kostenlose Sprachkurse und familienorientierte Beratung aktiv einzubeziehen, um Spracherwerb als gemeinsame Aufgabe zu gestalten; Eltern und Erziehungsberechtigte im Sinne ihrer elterlichen Sorgfaltspflicht nachhaltig und konsequent in die Verantwortung zu nehmen

Begründung: Stärkt Solidarität (B2), soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch Empowerment statt Sanktion

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

> **Mehrheit deckt sich mit der Empfehlung dieses Werkzeugs** — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-115

Ja: AfD **Nein:** CDU FDP GRÜNE SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/17452

Deutschförderung vor Regelunterricht · fremdsprachige Schüler brauchen d·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/17452**

20.01.2026

Antrag

der Fraktion der AfD

Deutschförderung vor Regelunterricht – fremdsprachige Schüler brauchen differenzierte Betreuung

I. Ausgangslage

Die AfD-Fraktion beobachtet mit erheblicher Sorge den fortlaufenden Rückgang der Bildungsstandards in Nordrhein-Westfalen, der primär auf unkontrollierte Massenmigration und die daraus resultierende Hyperheterogenisierung der Schülerschaft zurückzuführen ist. Der aktuelle IQB-Bildungstrend unterstreicht dies eindringlich: Die Leistungen der Neuntklässler in NRW fallen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt ab, besonders im Fach Deutsch, wo ein alarmierender Rückgang festzustellen ist.[1] Die im Runderlass „Integration und Deutschförderung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler“[2] festgelegten Mindestanforderungen werden an etlichen Standorten nicht erfüllt. NRW positioniert sich neben Bremen und Berlin als einer der klaren Verlierer des Ländervergleichs. Dies ist kein Zufall, da hohe Anteile von Schülern mit Zuwanderungshintergrund – in einigen Klassen und sogar ganzen Schulen über 90 Prozent, wie durch Kleine Anfragen der AfD-Fraktion im Jahr 2025 nachgewiesen wurde[3] – das Schulsystem überfordern. Unter dem Vorwand der „Mehrsprachigkeitsförderung“, wie sie von den regierenden Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betrieben wird,[4] wird die deutsche Sprache als Kern der Bildung und Integration systematisch geschwächt.

Solche ideologisch motivierten Maßnahmen fördern Parallelgesellschaften und verschleiern reale Defizite, statt sie zu beheben. Statt einer konsequenten Priorisierung des Deutscherwerbs werden Ressourcen für eine erzwungene „Vielfalt“ vergeudet, was zu einer allgemeinen Senkung der Standards für alle Schüler führt. Ein deutliches Indiz ist beispielsweise die verlautbarte Einführung von fremdsprachigen Prüfungsaufgaben in nichtsprachlichen Schulfächern.[5] Die Konsequenz ist ein Bildungsrückgang, der einheimische Schüler sowie leistungsbereite Zuwanderer benachteiligt, da heterogene Klassen mit stark variierenden Sprachniveaus den Unterricht behindern und optimale Lernergebnisse verunmöglichen.

Zudem werden diese selbstverschuldeten Mängel in der Folge durch teure und aufwändige Förderprogramme kompensiert. Die AfD-Fraktion lehnt dagegen solche provisorischen Lösungen und jede Relativierung oder Rückstellung der deutschen Sprache entschieden ab.

[1] https://www.iqb.hu-berlin.de/media/documents/IQB_Bildungstrend2021_Berichtsband.pdf
[2] https://bass.schule.nrw/18431.htm
[3] https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-16133.pdf
[4] https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-14522.pdf
[5] https://apollo-news.net/bald-mehrsprachige-klassenarbeiten-in-nrw-cdu-und-grne-stellen-antrag-zur-mehrsprachigkeit-an-schulen/

Datum des Originals: 20.01.2026/Ausgegeben: 23.01.2026

Erfolgreiche Bildung erfordert die konsequente Beherrschung des Deutschen, nicht die Etablierung paralleler Sprachräume und Ausweichangebote für fehlende Sprachkompetenzen. Die jüngste Initiative der Landesregierung zu „ABC-Klassen“, verpflichtende Vorkurse für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen im Jahr vor der Einschulung, beginnend ab dem Jahrgang 2028/29, erkennt zwar das Problem an, bleibt jedoch unzureichend und birgt erhebliche Schwächen.

So liegt die Verantwortung für die Durchführung bei den Trägern, vorwiegend Kommunen, die Räumlichkeiten in Schulen, Kindertageseinrichtungen oder anderen Orten bereitstellen müssen. Auch der Transport der Schüler zu den jeweiligen Räumlichkeiten obliegt den Trägern, die Eltern ggf. die private Anreise erstatten. Dies belastet die ohnehin finanziell angeschlagenen Kommunen zusätzlich, da Kosten für Beförderung, Raumausstattung und Lernmittel sowie Personal entstehen, die das Land nur teilweise ausgleichen will. Ferner sollen die ABC-Klassen von Grundschullehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften geleitet werden, was angesichts der akuten Lehrkräfteunterversorgung in NRW von ca. 8.000 Kräften die Umsetzung erschwert und bestehende Defizite im regulären Unterricht verschärfen könnte.

Die Initiative beschränkt sich zudem auf Kinder im Vorschulalter, ignoriert also ältere Schüler mit Sprachdefiziten oder Zuwandererfamilien mit Kindern höherer Altersgruppen. Es mangelt an Mechanismen für eine nachhaltige elterliche Verantwortung, etwa Sanktionen bei Nichteinhaltung. Schüler, die im höheren Alter und mit mangelhaften Sprachfähigkeiten das nordrhein-westfälische Schulsystem betreten, werden nach jetzigem Stand nicht von der ABC-Klassen-Regelung erfasst. Stattdessen braucht es eine umfassendere Lösung und eine Ausweitung verpflichtender Sprachstandsfeststellungen sowie homogene Spracherwerbskurse für alle Schulstufen, insbesondere für zugewanderte Schüler. Sogenannte Willkommensklassen haben das Konzept bereits mit ukrainischen Schülern erprobt:

„Verfügen die Schülerinnen und Schüler noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, werden sie zunächst in der Erstförderung, auch Deutschförderung genannt, unterrichtet. Die Deutschförderung kann dabei von den Schulen auf unterschiedliche Art und Weise organisiert werden:

- in innerer Differenzierung, bei der die Kinder und Jugendlichen vollständig am Regelunterricht teilnehmen,
- in teilweise äußerer Differenzierung, das bedeutet, die Kinder und Jugendlichen besuchen eine eigene Lerngruppe und nehmen teilweise am Regelunterricht teil oder
- in vollständiger äußerer Differenzierung, das heißt in eigenen Lerngruppen, den sogenannten Willkommensklassen.“[6]

Gleichzeitig erlaubt die Trennung leistungsstarker Gruppen eine ungestörte Förderung, um die Gesamtbildungsqualität in NRW zu steigern. Die ausweichende Position der Landesregierung zu diesen Systemproblemen unterstreicht die Notwendigkeit gesetzlicher Interventionen, um schädliche Diversitätsideologien zu stoppen und die Schulqualität zu sichern.

II. Der Landtag stellt fest:

- Unkontrollierte Zuwanderung und ideologische Diversitätsprojekte führen zu einem massiven Sprachrückgang und sinkenden Leistungen, die den Unterrichtsablauf behindern;

- Zuwanderer, deren Rückführung in ihre Heimatländer nicht in absehbarer Zeit umsetzbar ist, müssen die deutsche Sprache in ausreichendem Maße beherrschen;

[6] https://www.schulministerium.nrw/ankommen-lernen-dazugehoeren-gelebte-integration-der-bonifatiusschule

- auch etliche bereits länger in Deutschland lebende Zuwandererfamilien erreichen keinen angemessenen Sprachstand oder legen wenig Wert auf den Erwerb der deutschen Sprache, nicht zuletzt aufgrund fehlender Notwendigkeit oder Anreiz;

- ausschließlich fremdsprachige Kinder können in homogenen Gruppen besser betreut und gefördert werden, da dies eine gezielte Unterstützung und Steuerung ermöglicht und Ablenkung sowie Frustration reduziert;

- die geplante ABC-Klassen-Initiative der Landesregierung erkennt zwar Defizite an, aber die Träger (meist Kommunen) werden durch die Verlagerung der Verantwortung deutlich stärker belastet; zudem wird durch den Bedarf an zusätzlichen Grundschullehrkräften sowie sozialpädagogischen Fachkräften die bestehende Lehrkräfteknappheit verschärft;

- die geplante ABC-Klassen-Initiative ist auf Vorschulkinder beschränkt und damit keine umfassende Maßnahme für alle Altersstufen oder eine konsequente elterliche Verantwortung.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verpflichtung ermöglicht, vor der Teilnahme am Regelunterricht Sprachstandserhebungen zu durchlaufen und bei mangelhaften Ergebnissen Spracherwerbskurse zu absolvieren, die den Sprachstand auf das im Runderlass „Integration und Deutschförderung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler“ festgelegte Niveau anheben;

- alle bereits eingeschulten Schüler mit Indikatoren für mangelhafte Deutschkenntnisse demselben oder äquivalenten Prüfverfahren zuzuführen und anschließend an verpflichtenden Sprachkursen teilnehmen zu lassen;

- schädliche Diversitätsprojekte und Mehrsprachigkeitsinitiativen zu überprüfen und zu beenden, soweit sie den Erwerb der deutschen Sprache behindern, und dem Landtag bis zum Beginn des Schuljahres 2027/28 einen Bericht über Maßnahmen gegen den Sprachrückgang vorzulegen;
- das Konzept der sogenannten „Willkommensklassen“ weiter auszubauen und zugewanderte fremdsprachige Schüler, bis eine Sprachstandsfeststellung durchgeführt werden konnte, nicht in reguläre Schulklassen einzubringen;

- die Deutschförderung in allen Schulen zu intensivieren, anstatt Defizite durch die Senkung von Anforderungen zu kaschieren, und ein Konzept zu entwickeln, das den verpflichtenden Nachweis von Sprachkenntnissen vor der Einbringung in reguläre Klassen sicherstellt;

- Eltern und Erziehungsberechtigte im Sinne ihrer elterlichen Sorgfaltspflicht nachhaltig und konsequent in die Verantwortung zu nehmen, den Spracherwerb ihrer Kinder zu unterstützen sowie Anreize für die Beherrschung des Deutschen zu schaffen.

Dr. Christian Blex
Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion